

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 1/2007

22. Jänner 2007

Regierungsprogramm: Gutes erhalten, neue Akzente setzen

Mit der Regierungserklärung und ihrer parlamentarischen Diskussion hat die Arbeit der neuen Bundesregierung begonnen. Ihr Programm bietet die Basis für eine gute Weiterentwicklung bis zum Jahr 2010. Vernünftiges und Bewährtes bleibt erhalten, neue Akzente kommen dazu. Die ÖVP konnte viele ihrer Positionen verankern, andererseits viele ideologisch motivierte Wunschvorstellungen des Koalitionspartners abwehren.

Die Regierung startet auf solider Grundlage. Wir haben einen hohen Beschäftigungsstand, sinkende Arbeitslosenraten, mehr Sicherheit sowie ein gutes Sozial-, Pensions- und Gesundheitssystem. Unser Ziel ist es, soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlichem Erfolg und nachhaltiger Entwicklung zu vereinen. Voraussetzung ist ein ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus. Die ÖVP ist Garant für sparsames Haushalten und richtiges Investieren. Hier die Kernelemente des Regierungsprogramms:

- **Wirtschafts- und Standortsicherung** mit dem Ziel, die Arbeitslosenrate auf unter 4 % zu senken: aktive Arbeitsmarktpolitik, Impulse für Klein- und Mittelbetriebe, 10 Mrd. Euro für Straße und Schiene, flächendeckender Ausbau von Breitband-Internet, 3 % Forschungsquote bis 2010
- **faire Arbeitswelt:** Generalkollektivvertrag für Mindestlohn von 1.000 Euro, Beibehaltung der Sonntagsruhe bei den Ladenöffnungszeiten, Bekämpfung der Schwarzarbeit
- **Politik für Familien und Kinder:** mehr Wahlmöglichkeit beim Kindergeld, Förderung der Mehrkindfamilien, Modernisierung des Familienrechts
- **Steuerreform** mit Entlastungen für Bürger und Unternehmen
- **verlässliche Sicherheitspolitik:** Zuwanderungsstopp für Ausländer, verpflichtende Deutschkenntnisse bei der Integration, Luftraumüberwachung außer Streit
- **Vorrang für Leistungswilligkeit:** bedarfsorientierte Mindestsicherung nur bei Arbeitswilligkeit
- **Ländlicher Raum:** 3,9 Mrd. Euro EU-Geld für ländliche Entwicklung bis 2013 plus Kofinanzierung in gleicher Höhe, Gentechnikfreiheit verankert, Agrardiesel bleibt
- **Intakte Umwelt:** weiterer Ausbau der erneuerbaren Energie, neuer Energie- und Klimaschutzfonds mit 500 Mio. Euro, klare Ablehnung der Atompolitik
- **Bildung:** Senkung der Klassenschüler-Höchstzahl auf 25, Schulwahlfreiheit für Eltern bleibt, stärkeres Augenmerk auf Kinder im Vorschulalter, bedarfsgerechter Ausbau der Tagesbetreuung, Refundierung der Studiengebühren bei 60 Stunden gemeinnütziger Tätigkeit im Semester
- **Sicherung des Gesundheitswesens:** Konzentration der Sozialhilfe, Einsparungen in der Gesundheitsverwaltung, Obergrenze bei der Rezeptgebühr, Ausbau der Pflege
- **selbstbewusste Europapolitik:** kein Liegenlassen von "Förder-Euros" in Brüssel, Prüfung einer EU-Devisentransaktionssteuer, Volksabstimmung über allfälligen EU-Beitritt der Türkei
- **Modernisierung des Staates** (Verfassungs- und Verwaltungsreform, Einführung der Briefwahl, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, fünfjährige Legislaturperiode).

Erfolgreich verhandelt: Was im Regierungsabkommen NICHT steht

Nicht zu vergessen sind bei all den geplanten Vorhaben auch jene Forderungen, die die ÖVP im Zuge der Regierungsverhandlungen erfolgreich abwehren konnte. Dazu zählen unter anderem:

- die flächendeckende Gesamtschule und Ganztagschule
- die Zurücknahme der Pensionssicherungsreform
- der Storno der Eurofighter-Abfangjäger
- eine Wieder-Verstaatlichung von Unternehmen
- eine Mittelstandssteuer